



Geplante Transitschneise S 7 – Neue Initiativen der Grünen

Pressekonferenz

mit

Christiane Brunner, NR-Abg. und Sprecherin der Grünen im Bezirk Jennersdorf
und

Grete Krojer, Klubobfrau der Grünen im Burgenländischen Landtag

Donnerstag, 21. Jänner 2010
Güssing, Stadtcafé

S 7 – Eine unendliche Geschichte?

Die Diskussionen um die geplante Transitroute S7 laufen seit fast sieben Jahren. Grüne und BürgerInneninitiativen informieren seither die Bevölkerung des Lafnitztales über die Auswirkungen der geplanten Straße und fordern eine Beteiligung der Betroffenen am Entscheidungsprozess.

„Die Bevölkerung der Anrainergemeinden hat in zahlreichen Volksbefragungen ihre klare Ablehnung der Transitstraße S7 zum Ausdruck gebracht. Landeshauptmann Niessl, Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl und Straßenbau-Landesrat Bieler haben sich geweigert, die betroffene Bevölkerung einzubinden und halten bis heute an diesem unsinnigen Projekt fest“, kritisiert Grete Krojer, Klubobfrau der Grünen im Landtag.

Transitroute bringt mehr Belastung für gesamte Region

Die Grünen haben das Projekt von Beginn an abgelehnt. Eine Transitroute würde keine Entlastung für die geplagten AnrainerInnen an der B65 bringen, sondern im Gegenteil mehr Belastung für die gesamte Region. Wir setzen uns für verkehrsberuhigende Maßnahmen wie LKW-Fahrverbote, Geschwindigkeits- und Gewichtsbegrenzungen, verstärkte Kontrollen sowie lokale Umfahrungen ein. Diese Maßnahmen sind wirkungsvoller, weit billiger und auch rascher umzusetzen.

„Die geplante S7 widerspricht den Stärken und Zielen der Region diametral. Regionale Betriebe lehnen die S7 ab, die Zukunftsbranche sanfter Tourismus wird durch dieses Projekt massiv bedroht“, so Krojer.

„In Zeiten des Klimawandels und einer Klimabilanz Österreichs, die nur als katastrophal bezeichnet werden kann, in Projekte zu investieren, die zum weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen beitragen, ist künftigen Generationen gegenüber unverantwortlich“, ergänzt die Umweltsprecherin der Grünen, NR-Abg. Christiane Brunner.

Nicht zuletzt widerspricht es jeglicher politischer Vernunft, wenn in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise die mit über 11 Milliarden Euro verschuldete Asfinag eine Transitschneise bauen soll, die von einer Mehrheit abgelehnt wird.

UVP-Verfahren

Das Projekt S 7 wurde mittlerweile in einen Abschnitt West und einen Abschnitt Ost geteilt. Damit soll es der Bevölkerung und BürgerInneninitiativen schwerer gemacht werden, ihre Interessen durchzusetzen, denn zwei Abschnitte bedeuten doppelten Aufwand (Zwei Verfahren, zwei Verhandlungen, zwei mal Gutachter finden und bezahlen).

Für den Abschnitt West hat im September 2009 bereits die mündliche Verhandlung stattgefunden. Der Bescheid des Verkehrsministeriums wurde bisher noch nicht erlassen. Der Abschnitt Ost wurde bereits zur UVP eingereicht, die Auflage der Gutachten verzögert sich allerdings weiterhin.

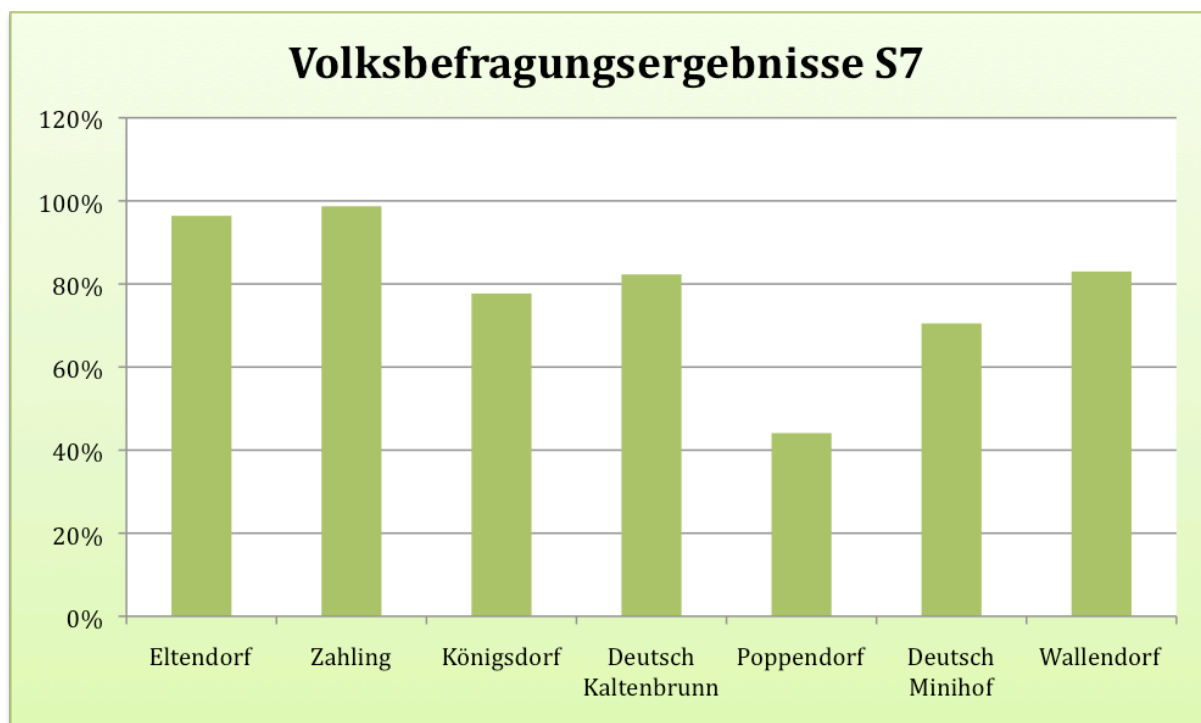
Laut ursprünglichem Zeitplan wurde mit einem Baubeginn im Jahr 2006 und einer Verkehrsfreigabe im Jahr 2008 gerechnet. Das Projekt verzögert sich immer weiter und hat mittlerweile Millionen Euro an Steuergeldern verschlungen.

Mehrheit der AnrainerInnen gegen Bau der S7:

In mehreren Volksbefragungen haben sie die S7-AnrainerInnen mit großer Mehrheit gegen das Projekt ausgesprochen.

Die **Volksbefragungsergebnisse** im Detail:

Ort	Datum	Wahlbeteiligung	Ergebnis (gegen S7)	Fragestellung
Eltendorf	01.09.05	70%	96%	gegen vorliegende Trasse (=S7)
Zahling	01.09.05	74%	99%	gegen vorliegende Trasse (=S7)
Königsdorf	03.04.05	73,5%	78%	gegen S7
Deutsch Kaltenbrunn	24.04.05	65%	82%	gegen vorliegende Trasse (=S7)
Poppendorf	12.06.05	65%	44%	gegen vorliegende Trasse (=S7)
Deutsch Minihof	13.11.05	54%	71%	gegen S7
Wallendorf	13.11.05	43%	83%	gegen S7



Volksbefragung nur dann, wenn sie dem Landeshauptmann passt?

Bisher hat sich Landeshauptmann Niessl eher dadurch ausgezeichnet, dass er die Meinung der Bevölkerung ignoriert und von ihm favorisierte Projekte im Stil des „Drüberfahrens“ durchzieht bzw. durchgezogen hat. Genannt seien in diesem Zusammenhang etwa die 380kV-Leitung im Bezirk Oberwart, das Projekt einer Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz, die geplante S 31, die geplante

Verlängerung der A 3 bis zur Staatsgrenze (Bezirk Eisenstadt) sowie nicht zuletzt die geplante Transitroute S 7.

Rund um das von Innenministerin Fekter geplante Erstaufnahmezentrum in Eberau hat Landeshauptmann Niessl nun plötzlich seine Liebe zu Volksbefragungen entdeckt. Diese Volksbefragung müsse bindend sein, so Niessl mehrfach.

„Wenn die Bevölkerung Nein sagt, dann heißt es auch Nein“

Auch Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ, spricht sich für verbindliche Volksbefragungen aus: „Wenn die Bevölkerung Nein sagt, heißt es auch Nein. Alles andere wäre eine Frotzelei“, so der Kanzler am 8. Jänner 2010. Und weiter im O-Ton: „Da geht es nicht nur um Eberau, sondern darum, wie wir es mit einer Volksentscheidung halten.“

Sind S7-AnrainerInnen BurgenländerInnen zweiter Klasse für Niessl?

Wenn die Volksbefragung zu Eberau bindend ist, dann müssen es auch die Volksbefragungen zu umstrittenen Großprojekten sein. Alles andere wäre ein gefährlicher Missbrauch eines direkt demokratischen Instruments.

„Ich hoffe, dass für Niessl die LafnitztalerInnen nicht BurgenländerInnen zweiter Klasse sind. Deshalb müssen die Ergebnisse der Volksbefragungen in den S 7-Anrainergemeinden bindend sein. Damit wäre das Projekt S 7 endgültig gestorben ist“, so Christiane Brunner.

Grüne Initiativen

- **Bundeskanzler und Verkehrsministerin müssen S 7 aus Generalverkehrsplan streichen**
- Auf Bundesebene haben die Grünen wiederholt auf die Sinnlosigkeit der S7 hingewiesen. „Wir werden die Streichung des Projekts aus dem Generalverkehrsplan beantragen. Indem er gemeinsam mit Verkehrsministerin Bures die S7 aus dem Generalverkehrsplan nimmt, hat Bundeskanzler Faymann die Gelegenheit, den Wahrheitsgehalt seiner Aussage „Wenn die Bevölkerung Nein sagt, heißt es auch Nein“ unter Beweis zu stellen.“
- Bures ist darüber hinaus noch Antworten auf eine Anfrage der von Grün-Abgeordneter Brunner zur Vorgangsweise rund um die illegalen Waldschlägerungen im Planungsgebiet der S7 schuldig. „Ich habe bereits im Herbst eine entsprechende Anfrage gestellt. Die Antwort war äußerst dürftig und kommt einem Abschieben von Verantwortung gleich“. Um Licht ins Dunkel der Affäre zu bringen, werden die Grünen weitere parlamentarische Anfragen einbringen.
- Der für heute angesetzte und nicht stattfindende parlamentarische Verkehrsausschuss zeigt darüber hinaus, dass Bürgermeister sehr wohl Druck machen und etwas bewirken können, wenn sie nur wollen. Im Ausschuss hätte heute der Beschluss für die S34 gefasst werden sollen. Dieser Beschluss wäre von einer Aufhebung durch die Höchstgerichte bedroht, da

bei diesem Projekt die Hocharrangigkeit nicht gegeben ist (das wird auch von BürgerInneninitiativen, Grünen und SPÖ Bürgermeister vertreten). Nachdem Ministerin Bures nicht einmal bereit war, einem von den Grünen geforderten Hearing zuzustimmen, findet der Ausschuss nicht statt. Die S7 ist durchaus mit der S34 vergleichbar. Hocharrangigkeit ist auch bei der S 7 nicht gegeben. „Ich kann also nur erneut die Bürgermeister des Lafnitztales auffordern, endlich ihre Aufgaben wahr zu nehmen und den Willen der Bevölkerung zu vertreten“, so Brunner.

- **Grüne beantragen Streichung der S 7 auch aus Burgenländischem Landesverkehrsplan**
- „Die Volksbefragungen in den S 7-AnrainerInnengemeinden sind die Nagelprobe für Landeshauptmann Niessl. Dabei wird sich zeigen ob es ihm wirklich ernst ist mit der Einbindung der Bevölkerung bei strittigen Projekten oder ob seine Begeisterung für Volksbefragungen nur bei jenen Projekten gilt, die ihm passen und bei denen er – wie im Fall Eberau - sein gefährliches Spiel mit der Schüren von Vorurteilen betreiben kann“, so Klubobfrau Grete Krojer.
- Zu diesem Zweck werden die Grünen beantragen, den Landesverkehrsplan zu ändern und unsinnige Projekte wie die S 7 herauszunehmen.

Weitere Informationen: Thomas Hohenberger - Pressesprecher
Landtagsklub / Die Grünen
Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

T: +43-2682-600-2034

M: +43-664-8317472